Sehr geehrter Herr Professor ,

Im Auftrage der rheinischen Bekenntnis-synode habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen, das ich Ihnen eigentli-lich gestern abend schon fernmündlich berichten sollte :

Der Bruderrat hat in seiner gestrigen Sitzung , an der ich teilnahm , beschlossen, Sie zu bitten , ja Sie zu „ersuchen“, geg-gen das Urteil der Kölner Disziplinarkammer Berufung einzulegen. Motiv zur Fassung dieses Beschlusses war einmal die Meinung, dieser Prozess habe nicht nur Bedeutung für Sie , sondern für die ganze Bekenntniskirche, ein andermal die Erwägung, alles zu tun, um Sie und Ihre Lehrtätigkeit dem Nachwuchs in der evangelischen Kirche zu erhalten. Entscheidend war aber insbesondere der Umstand, dass ein letztes Wort des Staates zu der Eidesfrage doch nicht vorliege. Mit mir sind viele Juristen , die ich inzwischen sprach, der Ansicht , dass das Urteil einer Disziplinarstrafkammer nicht grösseres Gewicht habe als das eines Landgerichtes. Wer kann aber sagen, dass ein solches Urteil die Meinung des Staates oder des Gesetzgebers wiedergebe? Es hat auch in Ihrem Prozess lediglich der Richter X bzw. der Staatsanwalt Y gesprochen. Wenn Sie auch subjektiv der Auffassung sein sollten, hier habe nicht der Richter X sondern der Staat gesprochen, so nützt das der Sache nicht, da der Staat sich immer - und zwar mit Recht- darauf berufen kann, dass die Ansicht eines unteren Organs nicht mit der der letzten entscheidenden Stelle identisch sei. In dieser Sache kommt es nur darauf an , die Meinung des Staates zu hören. Sonst war der Prozess nicht notwendig.

Die Begründung der Berufung müsste insbesondere betonen, dass es gar nicht innerhalb der Kompetenzen des Disziplinargerichtes liegt, den Willen des Eidesabforderers zu interpretieren. Ein Gericht ist eine unabhängige Behörde , sodass auch die Möglichkeit bestände, dass es zu einer Interpretation käme , die von der des Eidesabforderers , des Führers, völlig abweiche. Das führte zu einem

unhaltbaren Zustand. Das Disziplinargericht hat lediglich zu prüfen, ob das Treuverhältnis zwischen Beamten bzw. Staat verletzt ist. Da eine solche Verletzung lediglich in der Betätigung eines staatsfeindlichen Willens erblickt werden kann, liegt in einer blossen Gesinnung niemals eine Verletzung des Treueverhältnisses. Der objektive Tatbestand, der zum Gegenstand der Urteilsfindung gemacht worden ist, ist das Sicherbieten zu einem vorbehaltlosen Eid; Was der einzelne Schwörende sich dabei denkt, welche Mentalreservation er dabei macht, unterliegt nicht der Prüfung des Gerichtes. Nur wenn tatsächlich später in einem konkreten Falle der Gehorsam verweigert wird, dann hat das Disziplinargericht zu entscheiden, ob in der Gehorsamsaufgabe eine Beamtenpflichtverletzung liegt oder nicht. Soviel ich weiss, ist diese juristische Frage in der ersten Instanz überhaupt nicht erörtert worden, m. E. ist sie von entscheidender juristischer Bedeutung.

Da das Oberverwaltungsgericht ein gutes Gericht ist und auch in der letzten Zeit sehr objektive Entscheidungen gefällt hat, halte ich, ganz abgesehen davon, dass man in jedem Falle die Ansicht der letzten entscheidenden Instanz zu hören bekommt, die Berufung nicht für aussichtslos. Eine Schlechterstellung kann sich für Sie niemals ergeben, selbst wenn man befürchten müsste, dass das erste instanzliche Urteil aus anderen Gründen bestätigt würde, was theoretisch möglich wäre. Ganz abgesehen davon, dass solche anderen schwerwiegenden Gründe nicht vorliegen - sonst hätte doch sicher das erstinstanzliche Gericht das Urteil darauf gestützt! -, würde in einem solchen Falle die Entscheidung über die Eidesfrage offenlassen. Denn die Begründung könnte auf keinen Fall so lauten, dass in der Leistung des Eides unter Mentalreservation eine Pflichtverletzung nicht liege, die sich aber aus diesen oder jenen Gründen ergäbe. Das Gericht würde sicher, wenn es ein vorsichtiges Gericht wäre, so argumentieren: Es mag dahin gestellt bleiben, ob in der Eidesfrage ----; aber auf jeden Fall ----. Zur Eidesfrage bliebe ~~aber~~ das Wort des erstinstanzlichen Gerichtes bestehen, sodass Sie auf keinen Fall besser oder schlechter gestellt sein würden. Es besteht somit keine Gefahr das Rechtsmittel einzulegen.

Die Unkosten des Verfahrens brauchen Sie selbstverständlich nicht zu tragen, da Sie ja den Prozess für alle bekenntnistreuen Beamten führen.

Sie müssen also auf jeden Fall, Herr Professor, das ~~Recht~~ Rechtsmittel einlegen. Die Bekenntniskirche Rheinlands wüsste auf ~~jeden Fall~~ möglichst bald Ihre Stellungnahme, da, falls das Urteil rechtskräftig ist, sie Sie beauftragen wird, Ihre Lehrtätigkeit für die Bekenntnisstudenten und Bekenntniskandidaten aufzunehmen.

Ich wünsche Ihnen, hochverehrter Herr Professor, sowie Ihrer wertten Frau Gemahlin und Fräulein von Kirschbaum ein gesegnetes neues Jahr. Es wird nicht nur m e i n grösster Wunsch zum Jahreswechsel, sondern der eines jeden evangelischen Deutschen sein, dass das neue Jahr Sie wieder als Lehrer des Wortes Gottes unter den deutschen Studenten sehen wird. Mein Freund, Pfarrer Lutze, der sich diesem Wunsche von Herzen anschliesst, bittet mich, Ihnen seine freundlichsten Grüsse zu übermitteln.

Seien Sie in innigster Glaubensverbundenheit gegrüsst
von Ihrem

Paul Kufner zum Ahlfeld.

Ps. Ich beginne am dritten Januar meine Tätigkeit in Barmen. Möge die Entwicklung so sein, dass ich mit freudigem Herzen diese Tätigkeit zu Ende führen kann. Ich persönlich habe das Gefühl, dass Herr Pfarrer D. Humburg sehr tapfer seinen Weg geht.